



## Kommunalwahl 2013

Nachdem eine Reihe von Ortsverbänden, insbesondere auch Mitglieder die Frage gestellt haben, wer im Jahre 2013 in den Landtags- und Bezirkstagswahlkampf geht und die Interessen unserer Region vertreten soll, gab es eine umfassende Vorstandssitzung des CSU Kreisvorstandes Coburg-Land.

Es war für Elke Protzmann und mich erfreulich zu sehen, wie die Mitglieder des Vorstandes klar und deutlich sich dafür ausgesprochen haben, dass die „bewährten Kräfte“ weiterhin tätig sein sollten.

Nachdem ich bereits im Frühjahr signalisiert habe, dass ich, wenn dies die Partei wünscht, bereit bin, wieder zu kandidieren und auch Elke Protzmann ähnliche Erklärungen abgegeben hat, ist nunmehr das Angebot der Kandidaten vorhanden:

Jürgen W. Heike wird als Kandidat für den Bayerischen Landtag antreten, Elke Protzmann hat dies nunmehr ebenfalls für den Bezirkstag erklärt.

Somit werden am 05. November die beiden sich dem Urteil der Delegierten aus Coburg Stadt- und Land stellen und sind bereit, die bisher erfolgreiche Politik für unsere Heimat fortzusetzen. Die CSU mit ihren Gliederungen wird einen kurzen, prägnanten Wahlkampf vorbereiten, um einerseits ein gutes Ergebnis einzufahren, andererseits aber auch dafür Sorge zu tragen, dass die besten Vertreter für unsere Heimat an wichtigen Stellen in Bund, Land und Bezirk erfolgreich arbeiten können.

Dazu gehört auch Hans Michelbach, der am 12. November für den Wahlkreis Coburg/Kronach antreten wird. Schon jetzt sind alle Mitglieder und Freunde aufgerufen, kräftig die Werbetrommel für unsere bewährten und erfolgreichen Kräfte zu rühren.

Jürgen W. Heike  
Kreisvorsitzender  
CSU Coburg-Land

Dr. Birgit Weber  
Kreisvorsitzende  
CSU Coburg-Stadt

Berichterstatter

# Aktuell!

## Kreisverbände

### Coburg - Land

### Coburg - Stadt

Ausgabe 10

Oktober 2012

### 40 Jahre



# FRAUEN.

## UNION<sup>CSU</sup>

### COBURG

### Ein Grund zum Feiern!

Wir, die Frauen Union Coburg Stadt feiern in diesem Jahr unser 40 jähriges Bestehen.

Und zwar mit einem Festball im Kongresshaus Rosengarten Coburg.

Kein geringeres als das berühmte **Blue Moon Orchester** wird an diesem Abend für uns spielen.

Sechzehn Musiker live auf der Bühne.

Neben Tanz bleibt natürlich noch genug Zeit für gutes Essen und Geselligkeit.

Wir würden uns sehr freuen, Sie begrüßen zu dürfen!

Ihre Birgit Weber



Kreisvorsitzende  
CSU Coburg-Stadt  
Dr. Birgit Weber  
Sonntagsanger 5b  
96450 Coburg  
dr.b.e.weber@web.de

## Rauf mit den Sozialabgaben



Momentan zahlen die berufstätigen Arbeitnehmer in Deutschland:

**19,6 % Rentenversicherung**  
**15,5 % Krankenversicherung**  
**1,95 % Pflegeversicherung**  
**3 % Arbeitslosenversicherung**

Zusammengerechnet sind das 40,05 %.

Die SPD hat nunmehr für den bevorstehenden Wahlkampf ein Signal gesetzt: Während die Bundesregierung wegen der guten Finanzlage der Rentenversicherung den Beitrag senken will, hat die SPD dagegen protestiert. Als Opposition und Gegenposition zur

Regierung ist das durchaus verständlich. Aber hält die SPD eigentlich die Wähler für dumm: Am 31. Mai 2008, damals war die SPD noch in der Regierungsverantwortung, hat sie ein Programm vorgestellt, das sich nannte: „Aufstieg und Gerechtigkeit“. Und genau dort versprach man, die „gesamten Sozialversicherungsbeiträge bis zum Jahr 2018 auf unter 36 %“ zurückzuführen. Wenn das Schule macht kann man nur noch raten, dass die SPD in Zukunft mit dem Slogan wirbt „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“.

## Griechenland trickst schon wieder

Während sich die europäischen Länder mit der Frage herumstreiten, ob Griechenland noch zur EU gehören darf oder nicht, gibt es schon wieder neue Tricks.

Vergessen wir nicht, dass die Aufnahme der Griechen in die EU (mit allen wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen) gegen die Mahnungen und den Widerspruch von CSU und großen Teilen der CDU erfolgte. Es wurde offen ausgesprochen, dass das übermittelte Zahlenwerk geschönt, ja sogar gefälscht gewesen sein soll. Das hinderte weder Gerhard Schröder (SPD), noch Joschka Fischer (Grüne) daran, die Aufnahme in die EU durchzupeitschen und sich damit einen „finanziellen Virus“ einzuhandeln.

Nun, nachdem die Bombe geplatzt ist, die Wahrheit am Tageslicht ist, stellt sich heraus, dass schon wieder mit Unwahrheiten gearbeitet wird. Im letzten Jahr wurde mindestens dreimal erklärt, dass zu einem jeweils kurz bevorstehenden Zeitpunkt die Zahlungsunfähigkeit des Staates gegeben sei.

Dennoch, weil sich Widerstand bei den Geberländern rührte, konnte doch munter weiter gearbeitet werden.

Fazit: So schlimm war es mit der Zahlungsunfähigkeit wohl nicht.

Die neuesten Fakten sind jedoch alarmierend und bezeichnend: Nach Informationen aus verschiedenen Quellen gibt es ein Geheimabkommen zwischen den bisherigen verfeindeten NATO Staaten Griechenland und Türkei.

Es hat sich nämlich herausgestellt, dass unter beiden Ländern erhebliche Erdöl und Erdgasvorkommen vorhanden sind, die nach internationalem Recht nur mit Genehmigung des jeweiligen Miteigentümers der Rohstoffe genutzt werden können.

Auch „seltene Erden“ die für die Computertechnologie dringend notwendig sind und momentan nahezu alleine von China geliefert werden, gibt es offensichtlich in reichlicher Menge in Griechenland.

Vernünftige Beobachter würden jetzt fragen, warum dies nicht zum Schuldenabbau genutzt wird. Die Griechen sehen das anders: Erst einmal wollen sie ihre Schulden auf Kosten der Gläubiger weitestgehend abbauen, also nicht zahlen, um dann umso unverschämter die gewonnene finanzielle Freiheit zur Ausbeutung ihrer Rohstoffe aber natürlich nur in die eigene Tasche vorzunehmen.

Ein Grund mehr, dem Geschäftsgebaren der Griechen nicht zu trauen und die Gläubiger, das sind nicht nur, aber sehr häufig EU Staaten und deren Banken, zur Sanierung ihres Landes heranziehen.

Von Partnerschaft und gut nachbarschaftlichen Beziehungen kann man da ja wohl nicht mehr reden! Griechenland ist auf dem Weg sich die letzten Sympathien zu verscherzen, sodass der Ruf nach Trennung von diesem Land und dieser Mentalität wohl immer verständlicher wird.



## Interview mit Rainer Mattern

Rainer Mattern ist Diakon und staatl. anerk. Erzieher, während seiner Berufstätigkeit hat er Ausbildungen in den Bereichen Personalführung, Erlebnispädagogik und Qualitätsmanagement abgeschlossen, bevor er berufsbegleitend Management sozialer Organisationen, Diakoniewissenschaft studiert.

Derzeit studiert er Jura an der German Graduate School in Heilbronn. Begonnen hat Rainer Mattern nach der Mittleren Reife als Auszubildender zum Bekleidungsschneider.

Unser Redaktionsmitglied Sabrina Pforte erkundigte sich genauer über den Ortsvorsitzenden der CSU Ebersdorf.



### Pforte: Herzlichen Glückwunsch

Mattern: (lacht): zu was?

### Gibt es denn mehrere Anlässe?

Ja, es war ein erfreuliches und ereignisreiches Jahr. Am meisten stolz bin ich auf meine Tochter, die ein sehr gutes Abitur hingelegt hat und sich einen Studienplatz in ihren Traumberuf nach einem aufwendigen Bewerbungsverfahren erarbeitet hat. Sie studiert seit Ende Juli in Berlin bei der FH des Bundes und ist Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes.

### Und die anderen erfreulichen Anlässe?

Ich konnte mein 25 jähriges Dienstjubiläum feiern, wurde Drachenbootmeister im Team meiner Universität.

### Gibt es da ein Ehemaligen-Team?

Nein, ich studiere berufsbegleitend Jura an der GGS in Heilbronn, dort gibt es einen UniCup für das traditionelle Drachenbootrennen und unsere Uni hat die DHBW und die Hochschule Heilbronn geschlagen.

### Anstrengend?

Und wie, aber das hält fit und jung, wenn man bedenkt, dass in den an-

deren Universitäten überwiegend nur Studenten nach dem Abitur studieren und bei uns jeder schon ein Studium hinter sich hat. Aktivität in der Freizeit ist so wie so bei uns zuhause beliebt, am liebsten im Winter mit Schneeschuh durchs schwedische Gebirge, Ruhe, Natur ...

### Unser eigentlicher Anlass war jedoch die Auszeichnung des Landkreises

Herzlichen Dank, der Silbertaler des Landkreises, darauf bin ich sehr stolz.

### Wofür wurde die Auszeichnung überreicht?

Seit 1997 bin ich Beisitzer im Kreisjugendring und von 2001 bis 2012 war ich dessen Vorsitzender. Das Team des KJR Coburg hat in der Zeit viel erreicht, Umbau der Einrichtung auf dem Weinberg, Förderung der Jugendarbeit, Ausbildung Ehrenamtlicher, Festivals wie Comeets oder Colostival. Da fließt sehr viel Zeit, Energie und Arbeit hinein, dass dies durch den Landkreis honoriert wird hat mich sehr gefreut.

### Und jetzt, was passiert mit der freien Zeit?

Freie Zeit ist ein gutes Stichwort, nachdem meine Tochter ihr Abitur hat, kommt noch mehr freie Zeit hinzu, denn

der Vorsitz im Elternbeirat gehört damit leider auch der Vergangenheit an. Auch dort hatten wir ein tolles Team und einen hervorragenden Kontakt zur Schulleitung. Bei beiden Vorsitzpositionen kamen noch weitere Gremien wie Förderverein, Stiftung, Schulforum, Bezirksausschuss hinzu. Derzeit nutze ich die Zeit um mit meiner Partnerin und unserem kleinen Sohn den Sommer aktiv zu gestalten, Kinderfreizeit, Radfahren, Wandern oder die Große in Berlin besuchen und natürlich zum Lernen.

### Wie sieht es mit der Kandidatur zum Fraktionsvorsitzenden im Kreistag aus?

Ja, die Kandidatur habe ich sehr bewusst erklärt und es hat mich gefreut, dass ich viel positiven Zuspruch erhalten habe.

### Welche Erfahrungen im politischen Umfeld bringt ein Rainer Mattern mit?

Im politischen Umfeld verfüge ich über eine Vielzahl von Erfahrungen. Als politisches Umfeld verstehe ich die Interessensvertretung der Menschen die einen in ein Amt gewählt haben. Für die Evang. Jugend war ich auf Bayern-, Bundes- und Europaebene aktiv.



Im Rahmen meiner Tätigkeit als Jugendrings- und Jugendverbandsvertreter bin ich seit fast 15 Jahren in Gremien wie Senat für Jugend und Familie der Stadt Coburg oder der Ausschuss für Familie und Jugend des Landkreises aktiv. Von 2002 - 2006 war ich während der Xenos-Projekte Mitglied im Facharbeitskreis „Übergang Schule und Beruf“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

**Und wie sieht es im Bereich der CSU aus?**

Derzeit bin ich Ortsvorsitzender im Ortsverein Ebersdorf-Frohnlach und Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Ebersdorf bei Coburg.

**Das klingt nach viel Arbeit, oder?**

Im Ortsverband kann ich mich auf ein starkes Team verlassen, dass mir den Rücken freihält.

**Welche Perspektiven gibt es in Ebersdorf?**

Derzeit versuchen wir die Mitglieder

stärker mit unserem neuen Format „Mitgliederforum“ in die inhaltliche Arbeit einzubinden und wir sind guten Mutes, dass sich Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres eine JU Ebersdorf-Frohnlach wieder gründet.

**Wie kommt ein Jugendarbeiter eigentlich in die Politik?**

Dafür sind drei Menschen verantwortlich. Monika Hess, Günther Seiler und Michael Busch.

**Wie kommt es dazu?**

Monika Hess und Günther Seiler haben mich ganz konkret angesprochen und geworben auf die CSU-Liste für den Gemeinderat in Ebersdorf zu kandidieren; die beiden waren so überzeugend, da konnte ich nicht nein sagen.

**Und Michael Busch?**

Michael war einige Jahre „mein“ Mitarbeiter im KJR und wir haben immer wieder gut diskutiert, er hat mich aufgefordert, in die Politik zu gehen und mitzugestalten.

**Auch als Fraktionsvorsitzender der CSU?**

Da bin ich mir nicht sicher. Es ist jedoch meine Entscheidung für dieses Amt anzutreten. In den Bereichen Schule, Soziales, Kindertagesstätten und Jugend, die großen und wichtigen Ausgangsbereiche eines Landkreises habe ich lange berufliche und ehrenamtliche Erfahrungen, derzeit leite ich eine Verwaltungseinrichtung, die über 300 Gebäude und 1.250 Mitarbeitenden, sowie 53 Körperschaften betreut und kann daher auch im Bau- und Verwaltungsbereich Erfahrungen mit in die Kreistagesarbeit einbringen. Die Themen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises und der Region versuche ich durch stetige Kontakte zum vbw, meine Tätigkeit als Gesellschaftervertreter in der NOVA GmbH und die aktive Mitarbeit im Ausschuss für Landkreisentwicklung und Wirtschaftsfragen zu intensivieren.

**Plakataktion zum Schuljahresbeginn**

Auf Initiative der Jungen Union Bayern machten die Ortsverbände der Jungen Union Neustadt, Lautertal und Meeder in diesem Jahr erneut auf das Ende der Schulferien und den Wiederbeginn des Unterrichts aufmerksam. Im Rahmen einer Plakataktion sind vor allen örtlichen Schulen entsprechende Plakate angebracht worden.

Diese sind mit dem Hinweis „**Achtung Schulkinder!**“ versehen und gut sichtbar für die Verkehrsteilnehmer angebracht worden. „Wir wollen mit der Plakataktion eine erhöhte Wachsamkeit der Autofahrer erreichen und sie vor allem für die Unsicherheit der Erstklässler im Straßenverkehr sensibilisieren“, so die Mitglieder der Jungen Union.



Bild v. l. n. r.: Juliana Knauer, Kristina Mechtold, Marco Schneider, Sabrina Pforte, Christian Korn, Dominik W. Heike

## Resolution der Seniorenunion Oberfranken

Die Seniorenunion Oberfranken fordert den Freistaat Bayern, insbesondere die CSU/FDP-Landtagsmehrheit auf, das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder in den ersten Jahren zuhause betreuen wollen, durchzusetzen. Es kann nicht angehen, dass einerseits für Familien, die sich, aus welchen Gründen auch immer, entscheiden, ihre Kinder schon in den ersten Lebensjahren in eine Kindertagesstätte geben, erhebliche finanzielle Leistungen des Staates erfolgen, diejenigen Familien, die ihren verfassungsgemäßen Auftrag gerecht werden und ihre Kinder in den ersten Jahren zuhause betreuen und erziehen wollen, dabei leer ausgehen. Die eigentlichen Geschädigten sind dabei in doppelter Hinsicht die Mütter, die meistens die Betreuung übernehmen und in dieser Zeit keine Einkünfte und später auch keine Rentenanwartschaften für diese Zeit erzielen. Die Seniorenunion Oberfranken schlägt deshalb vor, dass der Verfassung Rechnung getragen wird, wonach das freie Wahlrecht der Eltern feststeht und die Erziehung der Kinder eindeutig ein Elternrecht ist, der Staat sich hier prinzipiell nur einschalten darf, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Der mögliche Fall, dass Eltern die Kinder nicht in die Kindertagesstätte geben, um selbst davon Nutzen zu ziehen (Nikotinmissbrauch, Alkohol etc.) darf hier nicht dazu führen, dass alle diejenigen, die guten Willens sind, in Misskredit gebracht werden. Im übrigen könnte dies durch eine anderweitige Lösung ersetzt werden, die doppelte Wirkung hätte, dann nämlich, wenn der Staat in der Zeit der Elternbetreuung für denjenigen Teil der Familie, der die Betreuung übernimmt, die Rentenanwartschaften übernimmt, was letztendlich für die betreuenden Personen später die Rentenansprüche erhöht. Damit wäre kein Missbrauch mehr möglich, andererseits aber eine Sicherung des betreuenden Elternteils gegeben.

Oberfrankenkurier 2/2012, Seite 27

### Vier Argumente zum Betreuungsgeld von Günter Dannecker:

#### Argument 1

Eltern, die ihrem verfassungsgemäßen Auftrag zur Kindererziehung gerecht werden und auf staatlich subventionierte Kindertagesstätten verzichten, müssen einen Ausgleich erhalten.

#### Würdigung dieses Argumentes

Ein derartiger Grundsatz ist unserer Verfassung nicht zu entnehmen. Als Grundsatz kann nur der Verfassung entnommen werden, dass es der Staat der eigenverantwortlichen Entscheidung der Eltern überlassen muss, welche Form der Kinderbetreuung sie durchführen wollen. Siehe dazu 3. Argument.

#### Argument 2

Die eigentlichen Geschädigten sind dabei in doppelter Hinsicht die Mütter.

#### Würdigung dieses Argumentes

Dadurch, dass Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden, soll doch gerade die Möglichkeit der Eltern verbessert werden, dass beide Einkünfte erzielen und Rentenanwartschaften erwerben. Die „Schädigung“ kann nur

eintreten, wenn man sich für die persönliche Betreuung entscheidet. Die Rechtfertigung des Betreuungsgeldes kann nur in der Ermöglichung oder Förderung des Wahlrechtes bestehen. Siehe Argument 3.

#### Argument 3

„Wahlrecht“ der Eltern ergibt sich aus der Verfassung. In dieses Wahlrecht darf der Gesetzgeber nur eingreifen, wenn das Kindeswohl gefährdet ist.

#### Würdigung dieses Argumentes

Diesem Argument stimme ich in vollem Umfang zu. Im Hinblick auf die Frage der Einführung des Betreuungsgeldes hat dieses Argument aber nur Bedeutung, wenn das Betreuungsgeld das Wahlrecht ermöglicht oder zumindest fördert und wenn die einseitige Förderung der Kindertagesbetreuung das Wahlrecht beeinträchtigt. Die angedachte Höhe des Betreuungsgeldes ist nicht geeignet, die Entscheidung für die persönliche Betreuung des Kindes zu ermöglichen. Sie ist auch nicht geeignet, sie wesentlich zu fördern. Eventuell kann sie „den letzten Ausschlag“ geben. Manchen Eltern ihre Entscheidung, ob sie ein Kind persön-

lich betreuen, von dem relativ geringen Betrag des Betreuungsgeldes abhängig, erscheint mir dies kein besonders Anerkennens und Förderns werter Gesichtspunkt. Meines Erachtens ist mit einem hohen Mitnahmeeffekt zu rechnen. Das heißt, Eltern, die ihr Kind sowieso persönlich betreuen wollen, nehmen diesen Betrag gerne mit, es entscheidet sich aber nur ein ganz geringer Teil der Eltern wegen des Betreuungsgeldes für eine persönliche Betreuung. Ziel der Kindergartenbetreuung ist die Herstellung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dieses Ziel ist voll aner kennenswert. Der „einseitige“ Eingriff in das Wahlrecht der Eltern ist nur die mittelbare Folge der Förderung des aner kennenswerten Zieles. Nur, wenn das Betreuungsgeld die einzige Möglichkeit wäre, die „Gleichheit“ wieder herzustellen und dafür geeignet wäre, wäre die Forderung nach Einführung des Betreuungsgeldes gerechtfertigt. Dies ist aber meines Erachtens nicht gegeben.

#### Argument 4

Das Missbrauchsrisiko darf nicht ausschlaggebend sein.

#### Würdigung dieses Argumentes

Dies kann nur gelten, wenn das Betreuungsgeld die einzige Möglichkeit ist, die „Gleichheit“ wieder herzustellen. Dies ist aber meines Erachtens nicht der Fall. Es sollte überlegt werden, ob nicht - auf der Linie der bisherigen Politik der Bundesregierung - Sachleistungen für selbstbetreuende Eltern besser geeignet sind. Es könnte z. B. an die fall- und stundenweise Bereitstellung von Helfern/innen oder die kostenlose Teilnahme von Kindern an Kursen, z. B. Sprachunterricht, gedacht werden. Weitere Möglichkeiten lassen sich in großer Zahl finden, die es Müttern leichter machen, sich für eine häusliche Betreuung zu entscheiden. Auch der in der Stellungnahme genannte Ausbau der Berücksichtigung von Kinderbetreuungszeiten bei der Rentenversicherung kann hierzu gehören.



## 40 Jahre Junge Union Coburg-Stadt

„Unser Alleinstellungsmerkmal im Parteienspektrum der politischen Nachwuchsorganisationen war und ist die Identifikation mit unserer Coburger Heimat, die Liebe zum deutschen Vaterland und die gleichzeitige grundsätzliche Orientierung in Richtung einer europäischen Integration.“ So der Kreisvorsitzende Kurt Knoch in seiner Ansprache anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Jungen Union (JU) Coburg-Stadt über die Grundausrichtung des Verbands damals und heute. „Der Auftrag der JU ist der gleiche geblieben: Wir wollen die Politik beeinflussen auf dem Fundament unserer christlichen, sozialen und freiheitlichen Werte. Wir wollen, dass junge Menschen eine Chance bekommen, die Zukunft mitzugestalten und dass die Interessen der jungen Generation Berücksichtigung finden.“

Auf die aktuellen Trends neuer politischer Beteiligungsformen eingehend fährt Knoch fort: „Kurzfristiges, projektbezogenes Engagement in Bürgerinitiativen oder bei Demonstrationen ist im Grundsatz begrüßenswert und notwendig.“

Ohne das langfristige Engagement durch ehrenamtliche Mitglieder in

Parteien und deren Jugendorganisationen ist unsere Demokratie allerdings nicht lebensfähig. Hier werden umfassende projekt- und ressortübergreifende Konzeptionen entwickelt, die über eine Momentaufnahme hinweg reichen. Alle sprechen heute von Nachhaltigkeit und Ganzheitlichkeit. Konsequenterweise sollte man sich dann auch nicht nur projektbezogen- sondern umfassend einbringen, z.B. in der JU. Die JU Coburg-Stadt verkörpert Ganzheitlichkeit und Nachhaltigkeit seit 40 Jahren.“

Die Querelen der aktuellen Kommunalpolitik beim Coburger Süden und der Schlossplatztiefgarage forderten dem Kreisvorsitzenden Kurt Knoch noch eine kämpferische Schlussbemerkung ab: „Wir sollten uns in Coburg viel öfter auf das Große und Ganze besinnen. Dann würden wir hier über so manchen kleinlichen Zwist hinwegkommen.“

Die JU Coburg-Stadt feiert ihr 40-jähriges Bestehen mit einem Jubiläumsabend im Sportheim in Neuses. Auch die Vorsitzenden von einst sollten dabei nicht fehlen.

Die ehemaligen JU-Vorsitzenden Hans-Heinrich Ulmann, Christian

Müller, Roland Eibl, Oliver Voigt und René Boldt folgten der Einladung.

Dass die Einladungsliste der einstigen Vorstreiter unabhängig von deren weiteren politischen Entwicklung nach ihrer JU-Zeit erstellt wurde, will die JU auch als Zeichen verstanden wissen, dass sie nicht nur von anderen fordert, Brücken über alte Gräben zu bauen, sondern dies auch selbst intern praktiziert und vormacht. Die ehemaligen Vorsitzenden blickten mit zahlreichen Anekdoten auf die bewegte Geschichte des Kreisverbands zurück. Herausstechende Ereignisse wie die Durchführung eines Weihnachtskindergartens für einkaufende Eltern in Coburgs Innenstadt, eine 14-tägige USA-Tour von ca. 30 JU'lern in den 80er-Jahren oder auch wegweisende Klausurtagungen kamen genauso zur Sprache, wie heiß geführte Diskussionen - z.B. zum strittigen „Altstadtring“ oder beispielsweise beim Einsatz für die Müllheizkraftwerkansiedlung in Neuses.

Einhellig lobten die Altvorsitzenden das Engagement der heutigen Jung-Unionisten.



Bild v. r. n. l.: Philipp Greiner-Petter (JU Coburg-Land), Maximilian Forkel (SU Coburg), Hans-Heinrich Ulmann, Christian Müller, Roland Eibl, Oliver Voigt, René Boldt, Mathias Zimmer (Coburg-Ost), Jürgen Oehm (Coburg-Nord), Kurt Knoch (JU Coburg-Stadt), MdL Jürgen W. Heike, Hans-Heinrich Hartan, Markus Mehlhorn (JU Oberfranken)

## Die drei Klagen des Herrn Brunner

Die Verwaltungsrichter, darunter der Präsident Dr. Thomas Boese, hatten über die Klagen von Josef Brunner gegen seine Gemeinde beraten und verkündeten zumindest für einen Teilaspekt das Urteil: Nach dem Spruch der Richter bekommt Josef Brunner das Fahrgeld für eine Dienstreise von und nach München zum Landespersonalausschuss. Bei zwei anderen Streitigkeiten haben die Richter am vergangenen Freitag noch kein Urteil verkündet. Einerseits geht es um die rechtliche Bewertung, ob der Gemeinderat von Meeder den Bürgermeister in die richtige Besoldungsgruppe eingruppierte, zum anderen ist die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung strittig. Diese Entschädigung wurde vom Gemeinderat mehrheitlich um 60 Prozent gekürzt. „Der zweite Bürgermeister hat die Auszahlung der Reisekosten nicht unterschrieben“, berichtet Josef Brunner. Das Gericht „hat ganz deutliche Worte gesprochen, es fiel auch der Begriff ‚Willkür‘“, so Brunner. Der zweite Bürgermeister Verwaltungsgericht „ganz klar herausgestellt“. Bei der strittigen Dienstreise mit dem Zug nach München ist es nach den Worten von Josef Brunner um eine Personalangelegenheit eines Mitarbeiters gegangen. Sowohl der Landespersonalausschuss, die Kommunalaufsicht und auch der Bayerische Gemeindetag hätten diese Fahrt von Meeder an die Isar als notwendig erachtet. „Die Zahl meiner Dienstreisen ist ohnehin sehr übersichtlich“, stellt der Meederer Bürgermeister fest. Zweimal im Jahr, so überschlägt er die Zahl, verlasse er aus dienstlichen Gründen den Landkreis Coburg. „Hier wird nichts überzogen.“ Die Fahrt von Meeder nach Bayreuth in seinem Privatwagen hat Josef Brunner nach eigenen Angaben nicht der Gemeinde in Rechnung gestellt, „weil ich nicht genau weiß, ob es für mich ein dienstlicher Anlass war“. Die Höhe der Besoldung sollte eigentlich das Hauptthema des Gerichtstermins am vergangenen Freitag in Bayreuth sein. Hierjedoch hat der Gesetzgeber im Freistaat eine gesetzliche Neuregelung getroffen. Danach müssen die ersten Bürgermeister nach der höheren der beiden möglichen Besoldungsgruppe bezahlt werden. Dies hat der Gemeinderat von Meeder in der Vergangenheit Josef Brunner versagt. Keine gütliche Einigung Wie Brunner am Montag erklärte, habe er vor dem Verwaltungsgericht einen guten Kompromiss vorgelegt, „wo ich auf Versorgungsansprüche und Rückzahlungen verzichtet habe“. Das sei jedoch von seinem Stellvertreter nicht akzeptiert worden. Ebenso keine gütliche Einigung gab es bei der Kürzung um 60 Prozent der Dienstaufwandsentschädigung. „Das Verwaltungsgericht hat durchblicken lassen, das ist nicht zulässig“, meinte Josef Brunner. Wie das Verwaltungsgericht Bayreuth auf Anfrage mitteilte, seien die Urteile über die richtige Besoldungsgruppe und die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung noch nicht verkündet und von den Verfahrensbeteiligten auch noch nicht abgerufen worden. (Auszug aus dem Pressebericht der Neuen Presse Coburg vom 28.08.12)

### Haben Sie gewusst, ...

... dass Herr Brunner gegen die Gemeinde Meeder (und nicht gegen Herrn Theil sowie Herrn Eckardt, lt. NP vom 28.08.2012) beim Verwaltungsgericht in Bayreuth wegen rd. 200,-- € Reisekosten für eine Dienstreise nach München klagte?

„Dienstaufwandsentschädigung“ vom 2. Bürgermeister Hartmut Eckardt zum Vergleich angeboten wurde: „Man könne sich im Gemeinderat sicherlich vorstellen, Herrn Brunner eine steuerfreie monatliche Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 430,-- € zu gewähren.“

Immerhin ein Zuschlag für unseren Bürgermeister von über 600,-- €/mtl. Verwunderlich auch die Wissenslücken des Klägers zur Aussage vor dem Vorsitzenden Richter, dass alle Bürgermeister im Landkreis Coburg bereits in Besoldungsgruppe A15 eingestuft seien, aber war da nicht noch Lautertal welches A14 als Beförderungsendamt vorsieht?

### Haben Sie gewusst, ...

... dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit bereits einen Mehrheitsbeschluss gefasst hatte, die Akten waren vollständig in elektronischer Kopie vorhanden und deswegen eine „Dienstreisegewährung“ aus nicht notwendigem dienstlichen Anlass heraus von der zuständigen Stelle, also dem zweiten Bürgermeister Hartmut Eckardt, verweigert wurde?

Nein, dieser Vorschlag wurde abgelehnt, Herr Brunner möchte die volle Dienstaufwandsentschädigung haben, also noch mehr (641 Euro!).

### Haben Sie gewusst, ...

... dass die dritte Klage gegen die Gemeinde Meeder von Herrn Brunner um seine „Beförderung“ ins nächsthöhere Besoldungsamt gleichfalls durch Herrn Brunner selbst betrieben wird?

Nein, auch rückwirkend bis zum 01.12.2010 wird dieser Boni begehrt und eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung erzwungen. Kann man nur noch hoffen, dass unsere liebe Heimatgemeinde auch dieses zusätzliche Geld noch aufbringen kann und unsere Vereine und Bürger werden sicher verstehen, wenn Sie in Zukunft eine Spende oder Zuschuss aus freiwilliger Aufgabenbewältigung nicht mehr erhalten können.

### Haben Sie gewusst, ...

...dass vermutlich wieder einmal jemand „irriger“ Meinung unterlegen ist, wenn im Pressebericht vom 28.08.2012 zu lesen ist: „Ein Vergleichsvorschlag wurde von Herrn Brunner unterbreitet“ Tatsache ist, dass exakt dieser Vergleichsvorschlag von Herrn Brunner abgelehnt wurde, nachdem im Rahmen der zweiten Klage zum Thema

Nicht genug, dass der Gesetzgeber ohnedies zum 01.08.2012 per Gesetz die gewünschte Erhöhung verabschiedete und somit Bürgermeister unserer Gemeindegröße sich ab sofort über 5.435,95 € ohne Familienzuschlag freuen dürfen (bisheriger Grundgehaltssatz in A14, 4.814,75 €).

Haben Sie da noch Fragen? Ich nicht mehr!

Matthias Korn, Kreisrat  
Meeder

## Internationale Zustände - Leicht erklärt

Es gibt einen Stammtisch mit einem Griechen, einem Franzosen, einem Portugiesen, einem Italiener, einem Spanier, einem Zyprioten, einem Finnen, einem Österreicher, einem Holländer und einem Deutschen. Diese treffen sich gerne zum Diskutieren und gutem Essen. Eines Tages kamen sie auf die Idee, dass man eine Gemeinschaft sei und deshalb alle ihrer Finanzlage entsprechend gemeinsam das Essen beim Gastwirt zahlen wollen. Das durchaus nicht anspruchlose Essen kostete insgesamt 500 €. So verteilte man entsprechend der Einkünfte die Kosten wie folgt:

*Der Italiener, der Spanier, der Grieche und der Portugiese zahlten nichts.*

*Der Zypriot wurde mit 1 € belastet.*

*Der Franzose zahlte 5 €.*

*Beim Österreicher fielen 50 €, beim Finnen 80 € und beim Holländer 100 € an.*

**Der Deutsche zahlte den Rest, nämlich 264 €.**



Da sich der Wirt über diese Stammkunden freute, machte er diesen ein Angebot, dass er den Preis um 10 % reduzieren würde, weil sie gute Stammgäste seien.

Nun mussten sich die 10 einigen, wie sie in Zukunft bezahlen wollten. Eine einfache Reduzierung um jeweils 8,33 € pro Person kam nicht in Frage, weil ja dann einige sogar noch etwas herausbekommen müssten. Um eine etwa gleiche Belastung zu erreichen, sollten die, die bisher gezahlt hatten, ungefähr prozentuell so viel weniger bezahlen müssen, dass die 50 € gerecht verteilt wären. Dies führte zu folgender Rechnung:

*Auch der Zypriot zahlte nunmehr wie der Spanier, Italiener, Portugiese und Grieche nichts mehr.*

*Der Franzose zahlte nur noch 4 €.*

*Der Österreicher zahlte nunmehr 45 €.*

*Der Finne 72 €.*

*Der Holländer 90 €.*

**Der Deutsche 239 €.**



Doch nach einigen Tagen rechneten einige Stammtischler nach. Der Franzose sparte nur 1€, während der Deutsche 25 € Rabatt erhielt. Der Zypriot beschwerte sich, weil er nur 1 € gespart habe und der Deutsche 20mal so viel.

Auch der Österreicher fragte, warum der Deutsche 25 € und er nur 5 € weniger zahlen sollte. Diejenigen die bisher nichts bezahlt hatten und der Zypriot beschwerten sich, dass sie überhaupt nichts abbekämen und alle 9 fühlten sich nunmehr schlecht behandelt. Daraufhin zog sich der Deutsche zurück, beim nächsten Stammtisch waren nur noch 9 anwesend und aßen aber dennoch wie bisher. Als die Rechnung präsentiert wurde stellten sie fest, dass sie nicht genügend Geld hatten um wenigstens die Hälfte des Betrages zu zahlen.

**„Und die Moral von der Geschichte: Schlachte deine Milchkuh nicht!“**





## Zur Sicherheitslage im Coburger Steinweg



Erneut macht die Nachtszene im Coburger Steinweg bedauernswerte Schlagzeilen. Nachdem Anfang 2011 brutale Körperverletzungen die Spirale der Gewalt deutlich zeigte, ist mit der Massenschlägerei zwischen rivalisierenden Jugendlichen ein neuer Höhepunkt erreicht, der nahe an Landfriedensbruch grenzt.

Wiederum erfolgen eine hitzige öffentliche Diskussion und Schuldzuweisungen, die wenig zielorientiert sind. Der Coburger Arbeitskreis Polizei und Innere Sicherheit weist den „schwarzen Peter“ für die Sicherheitsbehörden energisch zurück. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht! Die Polizeikollegen sind bis an die Leistungsgrenzen belastet und im Steinweg Nacht für Nacht präsent“, so der Vorsitzende Klaus-Dieter Zerwes. Es darf nicht vergessen werden, dass die Polizei-Inspektionen Coburg für mehr als 100 000 Menschen in der Stadt und dem Landkreis Coburg zuständig sind

und die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten haben. Und an Arbeit mangelt es nicht, wie den täglichen Polizeiberichten zu entnehmen ist. Das Sicherheitskonzept „Steinweg Coburg“ bindet Woche für Woche 12 – 15 Polizeibeamte. Die fehlen natürlich an anderer Stelle.

Schon vor zwei Jahren hat der Arbeitskreis eine Verlängerung der Sperrzeiten für die Coburger Kneipen gefordert, da eine zunehmende Auffälligkeit in den Stunden weit nach Mitternacht festzustellen war. Geschehen ist seither nichts. Die Stadt Coburg fühlt sich nicht zum Handeln veranlasst. Die Gastronomie kümmert das Geschehen auf der Straße wenig.

Mit Recht fordert der Chef der Coburger Polizei die Politik zum Handeln auf. Es kann nicht hingenommen werden, dass Polizisten angepöbelt oder ihnen persönliche Repressalien angedroht werden. Hier muss gemeinsam gegengesteuert werden.

Der Arbeitskreis Polizei fordert, den „Brennpunkt Steinweg“ zur Chefsache in der Stadt Coburg zu machen und mit allen Verantwortlichen gemeinsame Lösungswege zu suchen, an denen sich auch der Arbeitskreis gerne beteiligt.

Klaus-Dieter Zerwes

## Scheller stell. Bundesvorsitzender

Vom 22. bis zum 23. September hat in Berlin die 40. Bundesschülertagung der Schüler Union Deutschlands (SU) stattgefunden.

200 Delegierte und Gäste aus ganz Deutschland kamen zusammen, um über das Thema „Europa 2020 – Ein Europa für Schüler“ zu beraten und einen neuen Bundesvorstand der mit über 10.000 Mitgliedern deutschlandweit größten politischen Schülerorganisation zu wählen.

Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde der 17-jährige Coburger Pascal Scheller gewählt. Im gratulierten vor Ort der Kreisvorsitzende der Schülerunion Coburg, Maximilian Forkel sowie die Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder, MdB zum Wahlerfolg.



## Fackelumzug der Jungen Union

Die Junge Union Coburg Land erinnerte an diesem Dienstag den 2. Oktober 2012 gemeinsam mit der Jungen Union Coburg Stadt, der Jungen Union Sonneberg, dem JU Ortsverband Neustadt b. Coburg und vielen Gästen an den 22. Jahrestag der Deutschen Wiedervereinigung.

Nach dem traditionellen Fackelumzug trafen sich die Verbände an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen um nach einem gemeinsamen Gottesdienst in der Grenzkapelle Hönbach im dortigen Gemeindezentrum diesen freudvollen Tag mit dem Gastredner, dem CDU-Generalsekretär Dr. Mario Voigt, zu feiern.





## Hauptversammlung des CSA Kreisverband

Anlässlich seiner Kreishauptversammlung in Großheirath wählte der CSA Kreisverband Coburg seine Vorstandschaft neu. Der Vorsitzenden Edith Heger stehen Otto Jahrsdörfer und Wolf Ulrich von Minding als Stellvertreter zur Seite. Die Kassenführung hat Harald Reisenweber und die Schriftführung Mirjam Greiner übernommen. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Gustav Buron, Hans-Jürgen Jackisch, Günther Kolb, Wilfried Schmidt, Udo Wank und Lieselotte Wolf.

## Frauenunion Bad Rodach besucht Kloster

Weit sichtbar über dem Maintal erhebt sich barocke Architektur aus fränkischer Landschaft: Kloster Banz. Das ehemalige Benediktinerkloster entwickelte sich seit 1978 zu einem Begegnungs- und Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung, zu einem viel gefragten, geistig-kulturell und politisch geprägten Anlaufpunkt in Nordbayern.

Im größten zur Verfügung stehenden Seminarraum, in dem bei Reihenbestuhlung Tagungen für bis zu 400 Personen möglich sind, begrüßte uns der Leiter der Bildungszentren Kloster Banz und Wildbad Kreuth, Michael Möslein.

Zur Einführung brachte er die Geschichte des Klosters und Moderne treffen. Ob es um die Vermittlung von Wissen, die Entwicklung von Ideen oder den Meinungsaustausch geht: Kloster Banz bietet beste Voraussetzungen für Seminare, Tagungen und Veranstaltungen jeglicher Art. Jährlich besuchen rund 35 000 Gäste aus aller Welt die Veranstaltungen in Kloster Banz. Modernste Tagungstechniken bis hin zum Rhetorikstudio und Medienzentrum mit Rundfunk- und Fernsehstudio ermöglichen ein vielseitiges Bildungsangebot.



## BWK-Schatzmeisterin feiert ihren 50. Geburtstag

Die Schatzmeisterin des Bundeswahlkreis Coburg/Kronach, [Dagmar Wachter](#), feierte am 21. September ihren 50. Geburtstag. Zu diesem Wiegenfeste überbrachten MdL Jürgen W. Heike, MdB Hans Michelbach, die CSU BWK Geschäftsführerin Jessika Dorst sowie Sabrina Pforte die herzlichsten Glückwünsche.





## Terminvorschau

- Donnerstag, 11.10.2012 - 19.30 Uhr**   
 Stammtisch CSU Coburg-Süd  
 Schützenhaus - Creidlitz
- Samstag, 13.10.2012 – 20.00 Uhr**   
 Festball der Frauenunion Coburg Stadt
- Donnerstag, 18.10.2012 - 19.30 Uhr**   
 Merchessen der CSU Coburg-West  
 Gasthaus Reck – Scheuerfeld
- Montag, 22.10.2012 - 19.00 Uhr**   
 Stammtisch CSU Stadtratsfraktion und OV Coburg-Mitte  
 Goldenes Kreuz – Coburg
- Donnerstag, 25.10.2012 - 18.30 Uhr**   
 Stammtisch der Frauenunion Coburg-Stadt  
 Münchner Hofbräu – Coburg
- Donnerstag, 08.11.2012 - 19.30 Uhr**   
 Stammtisch CSU Coburg-Süd  
 Schützenhaus - Creidlitz
- Freitag, 16.11.2012 - 18.00 Uhr**   
 Festveranstaltung 40 Jahre Frauenunion Coburg-Stadt  
 Münchner Hofbräu – Coburg
- Montag, 26.11.2012 - 19.00 Uhr**   
 Stammtisch CSU Stadtratsfraktion und OV Coburg-Mitte  
 Goldenes Kreuz - Coburg



*Festball*  
 mit dem Blue Moon Orchestra  
 **FRAUEN.**  
 40 Jahre **UNION**<sup>CSU</sup> Coburg  
 Samstag, 13. Oktober 2012  
 Kongresshaus Rosengarten Coburg

Beginn: **20:00 Uhr**  
 Einlass: **19:00 Uhr**  
 Eintritt: **25,-- €**

Kartenverkauf:  
 Buchhandlung Riemann  
 Modehaus Frind  
 Kosmetikstudio Eberlein, Scheuerfeld  
 CSU Geschäftsstelle Coburg



### CSU Bundeswahlkreisgeschäftsstelle

Hindenburgstraße 9  
 96450 Coburg  
 Telefon: 09561 / 750 - 31 (32)  
 Fax: 09561 / 87 16 15

### BWK Geschäftsführerin

Jessika Dorst  
 coburg@csu-bayern.de

### Bürgerbüro Hans Michelbach, MdB

René Boldt  
 hans.michelbach@wk.bundestag.de

### Bürgerbüro Jürgen W. Heike, MdL

Sabrina Pforte  
 sp@jw-heike.de

### Redaktionsleitung

CSU Kreisverband Coburg-Stadt  
 Dr. Birgit Weber

CSU Kreisverband Coburg-Land  
 Hubertus Gerlicher  
 Hindenburgstraße 9  
 96450 Coburg

### Konzeption / Layout

Hubertus Gerlicher  
 Sabrina Pforte

### Impressum / V.i.S.d.P.

CSU Kreisverband Coburg-Land  
 Jürgen W. Heike, MdL  
 Staatssekretär a. D.  
 Hindenburgstraße 9  
 96450 Coburg

### Interessante Internetseiten

[www.csu-coburg-land.de](http://www.csu-coburg-land.de)  
[www.csu-coburg.de](http://www.csu-coburg.de)  
[www.jw-heike.de](http://www.jw-heike.de)  
[www.hans-michelbach.de](http://www.hans-michelbach.de)  
[www.monika-hohlmeier.de](http://www.monika-hohlmeier.de)  
[www.elke-protzmann.de](http://www.elke-protzmann.de)  
[www.csu.de/coburg](http://www.csu.de/coburg)

### Facebook

CSU Kreisverband Coburg-Land  
 CSU Kreisverband Coburg-Stadt  
 Junge Union Kreisverband Coburg-Land  
 Junge Union Coburg-Stadt

